



AMBASSADE DE SUISSE  
EN RÉPUBLIQUE ALGÉRIENNE

an					a/a
Datum					16.2
ALGER					
EPD	16. Feb. 1968				
Ref. p. A. 21.31. Alger					

den 10. Februar 1968.

M. Zirout Youcef  
Téléphone 63.39.02 et 63.83.12  
Chèques postaux N° 53-89

Réf.: LP (3) GA/

*unfe*

Herrn Botschafter P. MICHELI,  
Generalsekretär des  
Eidgenössischen Politischen Departements,

B e r n .

Studentenunruhen.

Herr Botschafter,

In der vergangenen Woche haben an der Universität Algier Zwischenfälle stattgefunden, die bald zur Konfrontation mit den Ordnungskräften und schliesslich zur Einstellung des Hochschulbetriebes geführt haben. Die ca. 7.000 Studenten der verschiedenen Fakultäten in Algier stehen vor den gleichen Problemen wie ihre Kommilitonen in andern Ländern. Die enorme Zahl der Lernbegierigen übersteigt bei weitem die vorhandene und vorgesehene Kapazität der Unterrichtsräume, der Verpflegungsstätten und Schlafstellen, sowie der Lehrkräfte, obwohl eine grosse Zahl meist jüngerer französischer Dozenten hier tätig ist. Die Unzufriedenheit machte sich in Demonstrationen Luft (vgl. LP [21] vom 4. November 1967), die frei von Tätlichkeiten gegen Dritte und von Vandalismus waren, einem autoritären Regime wie dem hiesigen aber gleichwohl ein Dorn im Auge sein mussten.

Die völlige Reorganisation des politischen Lebens in Algerien infolge des Aufstandsversuches vom 15. Dezember war Kaïd Ahmed anvertraut worden, von dem man kaum sagen kann, dass er die Sprache der Studenten spricht. Seine Bestrebungen, die Leitung der UNEA (Union Nationale des Etudiants Algériens) durch gelenkte Neuwahlen in die Hand zu bekommen, rief die aktiven Teile der Studentenschaft auf die Strasse, wo Sprechchöre und Banderolen, deren Forderungen

./.

*3 Kop.*

Dodis



- 2 -

wiederholten und für die Autonomie der akademischen Körperschaften warben. Kaïd Ahmed setzte die kasernierten C.R.S. mit Wasserwerfern ein (was für die Staatsmacht immer günstiger ist, als die bei ihren Familien lebenden Polizisten des Alltags), wobei es an zwei Abenden zu heftigen Zusammenstößen, zahlreichen Verletzungen und Verhaftungen kam, was auch zur Sperrung der Innerstadt für den Verkehr und zu einer allgemeinen Nervosität der Behörden führte. Da es in Algerien nur eine gelenkte Presse gibt, ist bis heute keine Silbe über diese Vorfälle erschienen, obwohl mindestens einer der verletzten Studenten inzwischen gestorben sein soll.

Analysiert man die Studentenunruhen von Paris, Berlin, Louvain, Madrid und San Francisco, so ist ihnen kaum mehr als eines gemeinsam, nämlich das Bestreben, Leben in die Bude zu bringen, d.h. sich dort mit nonkonformen Methoden Gehör zu verschaffen, wo bürgerliche Konvention und politische Stagnation das Stillehalten oder die Machtfülle des Staatsapparates Unterwerfung gebieten. Die konkreten Motive differieren von Ort zu Ort jedoch sehr stark. In Algier spielt beim aktiven Teil der Studenten die Sehnsucht nach einem westlichen Leben, nach dem nicht so fernen Zauber der rive gauche eine grosse Rolle, während die Regierung versucht, aus ihnen gute Araber und selbstlose Förderer der "option socialiste" zu machen. Mit dieser Sehnsucht ist ein ausgesprochener Individualismus französischer Prägung verbunden, der dem Dienst an der Allgemeinheit abhold ist, soweit er Opfer verlangt.

Die Schwäche der studentischen Position liegt namentlich in diesem Punkt. Die Regierung kann mit Leichtigkeit beweisen, dass der Student, dessen Ausbildung fast durchwegs mit Stipendien ermöglicht wird, nach Erlangung seines Abschlussdiploms nur noch daran denkt, eine Privatpraxis zu

- 3 -

eröffnen (Aerzte, Advokaten, Architekten) oder eine wohldotierte Stelle bei einer kapitalistischen Unternehmung zu erlangen (Ingenieure, Chemiker). Der algerische Staat sah sich daher gezwungen, nacheinander für Aerzte, Advokaten und Architekten den mehrjährigen obligatorischen Zivildienst im Interesse der Allgemeinheit einzuführen, um dem katastrophalen Mangel an qualifiziertem Kaderpersonal in den Spitälern, Sanitätsverwaltungen, Gerichten und Präfekturen zu begegnen. Der Kontrast zwischen der Privatpraxis, wo Aerzte und Anwälte leicht 8-10.000 Franken monatlich verdienen, und dem Staatsdienst, wo die Leute schlecht und namentlich unpünktlich bezahlt werden, ist schon oft Gegenstand oeffentlicher Kritik gewesen. Das Problem ist in einem Land wie Algerien besonders schwer lösbar.

Um dem sozialistischen Sektor auf die Beine zu helfen und den Einfluss der cartesianischen Intellektuellen einzudämmen, will Kaïd Ahmed jetzt die obligatorische Stimmabgabe bei der Neubestellung der studentischen Verwaltung einführen. Die Aktivisten würden in diesem Falle wahrscheinlich in Minderheit versetzt, da die Regierung auf die Hunderten von jungen Studenten aus der Provinz und die Söhne der Moudjahidin einen Druck ausüben könnte. Aber der Kampf geht weiter. Allem Anschein nach hat das brutale Vorgehen der C.R.S. die Unternehmungslust der jungen Leute nicht auszulöschen vermocht.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter :

